

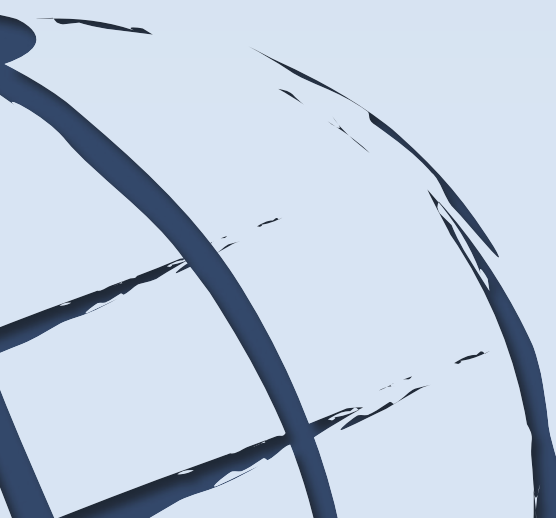
Welt Trends

Institut für Internationale Politik

KAI KLEINWÄCHTER UND LUTZ KLEINWÄCHTER

Deutschland in EurAsien

Aspekte einer Strategie im multipolaren Zeitalter



Welt  Trends

Potsdamer Wissenschaftsverlag
verlag@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de

Deutschland in EurAsien

Aspekte einer Strategie im multipolaren Zeitalter

Kai Kleinwächter und Lutz Kleinwächter

*Das Rad der Geschichte dreht sich.
Eine neue Weltordnung wird gestaltet.
Globale Multipolarität ist Realität.
Die Zivilisation bedarf einer neuen Reife.*

Das 20. Jahrhundert war geprägt durch zwei von Deutschland ausgelösten Weltkriegen, dem bipolarem West-Ost-Systemkonflikt und fundamentalen Bedrohungsphobien vor einem nuklearen Armageddon. Instabile Phasen von Kaltem Krieg und Entspannung, Konfrontation und Dialog wechselten erratisch. Weltpolitik war vorrangig bestimmt durch die Großmächte USA und Sowjetunion und ihre Paktsysteme. Seit den 1980er Jahren, mit der Herausbildung der damals westlichen und östlichen „Triaden“ – USA, Europäische Union, Japan sowie Sowjetunion, China, Indien – vollzog sich der Übergang von einer bipolaren zu einer multipolaren Weltordnung. Insbesondere der Zusammenbruch der Sowjetunion, die verlangsamte soziale und ökonomische z.T. krisenhafte Entwicklung in den westlichen Staaten sowie der Aufstieg Chinas beschleunigten diese langfristige Veränderung. In den letzten Jahrzehnten fand ein grundlegender Wandel der internationalen Beziehungen statt.

Die Europäische Union ist eine einflussreiche, große Macht in einer sich verändernden Welt. Ihre 70-jährige Integration ist seit den 1990er Jahren mit dem Gemeinsamen Markt (1993), der Währungsunion (1999) und der geografischen Erweiterung (1995, 2004) dynamisch vorangekommen. Frankreich und Deutschland verfolgen ein offenes Kerneuropa-Konzept. Die mehrfache Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat signalisiert den Willen an einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, der Stärkung und Reform supranationaler Institutionen sowie der Übernahme eigener globaler Verantwortung. Die weltweiten Außenwirtschaftsbeziehungen wurden überproportional ausgeweitet. Widersprüchlich war und ist die militärpolitische Positionierung Deutschlands zu Kriegen (Teilnahme Kosovo/Serbien, Afghanistan) und dem Einsatz von Streitkräften im Ausland (Zurückhaltung/Enthaltung im Irak, Libyen, Syrien).

Mit ihrer „Lissabon-Strategie“ (2000) bekundete die EU ihren Anspruch auf Weltmacht. Strategieinstitute betonen die „Neue Macht – Neue Verantwortung“ (2013) einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und empfehlen in einer multipolaren Welt die „Strategische Autonomie Europas“ (2019). Deutschland ist in seiner Außenpolitik jedoch nicht auf der Höhe der Zeit. In den Führungskreisen vollziehen sich gegenwärtig Auseinandersetzungen über die Grundorientierung. Eine scheinbar dominante pro-atlantische Phalanx versucht Deutschland „Trotz alledem: Amerika“ (2017), erneut in die Rolle eines „Protektorates“, in die „Vasallenrolle“ unter Vormacht der USA zu drängen. Irritierend bis falsch ist demgemäß die Politik gegenüber potentiell strategischen Partnern. Die deutsche Politik riskiert größere Brüche in den Beziehungen mit Russland und China. Das Festhalten an einer „wertegebundenen“ Außenpolitik erhöht die außenwirtschaftlichen Risiken und schadet den europäischen und deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen. Notwendig ist eine konsequente Interessenbestimmung und Prioritätensetzung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU, mit Blick auf eine multipolare Welt.

Dominante Großmächte sind out

Das 21. Jahrhundert wird bestimmt durch dynamische, widersprüchliche Verschiebungen der Kräfteverhältnisse im Rahmen der Internationalisierung sowie einer globalisierungskritischen Wiederbesinnung auf nationale staatliche Interessen. Diese Phänomene gehen einher mit einem qualitativen Prioritätenwechsel der Werte, der Themen und der Akteure: (1) Ins Zentrum der Aufmerksamkeit zivilisatorischer Gefahren und Programmatik rückt – unter dem Etikett einer bedrohlichen „Klimaveränderung“ – die Komplexität des Umwelt- und Ressourcenschutzes (2) Damit im Zusammenhang steht unabdingbar die herausragende Aufgabe einer beschleunigten ökonomisch-sozialen Entwicklung der Staaten und Völker. Der Abbau des klassischen Nord-Süd-Gefälles ist existenziell. (3) Die Lösung der Krieg-Frieden-Problematik in den Konflikt-Regionen der Welt, die Beschränkung militärischer Aktivitäten insgesamt, sind dafür eine wichtige Grundlage.

In diesem Gesamtzusammenhang sind alle global relevanten Probleme neu zu durchdenken und entsprechende Maßnahmen, mit (einer sich



Lutz Kleinwächter

bereits andeutenden) notwendigen Radikalität, hoffentlich fortschrittlich-revolutionär, zu realisieren. Das sichtbare Festhalten an überkommenen Denk- und Verhaltensweisen des vergangenen Jahrhunderts durch große Teile der gegenwärtigen Führungseliten, verzögert erforderliche Veränderungen und führt zu anwachsenden nationalen und internationalen (Groß)Konflikten. Eine Vorahnung vermitteln beispielhaft die zunehmenden Handels- und Verteilungskriege, wieder anwachsende Hungerkrisen, eine Zunahme von regionalen und Bürger-Kriegen, anschwellende volatile Flüchtlings- und Migrationsströme, Zunahme autoritärer Herrschaftsstrukturen, ein Aufbrechen von Generationskonflikten sowie die Entstehung neuartiger (radikaler) Jugendbewegungen.

Bei der Analyse der Akteure lassen sich mit Blick auf die Großmächte folgende Grundeinschätzungen treffen:

Die **USA** sind und bleiben eine multidimensionale Großmacht, die in allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen – Politik, Ökonomie/ Technologie, Militärwesens, Kultur – die Weltprobleme entscheidend mit beeinflusst. Dabei ist der Trump'sche „Neo-Isolationismus“, stringenter Versuch einer „America first“-Politik, ein hyperpatriotisches Konzept der Konzentration und Revitalisierung von Machtpotentialen zur Durchsetzung globaler US-Interessen. Illusionäres Ziel ist die Wiedererlangung einer dominanten Weltmachtstellung durch Umkehrung des v.a. ökonomischen Einflussverlustes seit den 1970er Jahren.

Russland ist eine zweidimensionale Großmacht. Nach dem Niedergang in der Ära Gorbatschow/Jelzin, wurde Russland unter Putin stabilisiert. Es stützt sich dabei auf die historisch traditionellen Faktoren als Militärmacht, insb. die nuklearstrategischen Kernwaffen, und die weltweit größten Rohstoffvorkommen. Aufgrund ihrer Strategiekompetenz und einer demokratisch-autoritären Staatsorganisation, gelingt es der russischen Führung, trotz deutlich beschränkter ökonomischer Möglichkeiten, wieder wachsenden politischen Einfluss zu gewinnen. Das betrifft in besonderer Weise die eurasischen Nachbarregionen Russlands.

China ist in den letzten vier Jahrzehnten mit einem außerordentlichen nach- und aufholendem Wirtschaftswachstum sowie gesellschaftspolitischen Reformen, zu einer selbstbewussten globalen Großmacht aufgestiegen. Es schickt sich an, in den zentralen Dimensionen der Macht – Wirtschaft, Politik und Militär – langfristig in Konkurrenz zu den USA zu treten. Großprojekte der terrestrischen, maritimen und arktischen Erschließung EurAsiens sollen v.a. die chinesische Wirtschaftsexpansion und internationale Vernetzung absichern. Auf vorhandene Probleme reagiert die chinesische Führung unter Xi traditionell, mit zunehmender (partei)politisch geführter Zentralisierung und staatlicher Machtkonzentration.

Die **Europäische Union** ist eine demokratische Großmacht der anderen Art – ein über 70 Jahre gewachsenes, vorrangig ökonomisches Integrationsbündnis von 27 Kontinentalstaaten (nach Vollzug des Brexit), mit einem starken Gemeinsamen Markt und der €-Währungsunion. Die politischen und militärischen Dimensionen der Integration wurde erst ab den 1980/1990er Jahren (inkonsequent) vorangetrieben. Die Achse Deutschland-Frankreich ist der hegemoniale EU-Nukleus im Kerneuropa. Die Spezifik der EU – ihre demokratische „Einheit in der Vielfalt“ – wird von den zentralisierten anderen Großmächten im Wesen nicht verstanden bzw. abgelehnt. Die EU selbst leidet an Schwächen ihrer Führungseliten und einer Unterbewertung der eigenen zivilisatorischen Leistung als Großraum mit dem weltweit höchsten Lebensstandard. Das mangelnde Selbstvertrauen in ihre künftigen Möglichkeiten und spaltender nationalistischer Dünkel (typisch für die EU-Kleinstaaterei) sind profunde Handlungshindernisse. Innere Krisen muss die EU solidarisch eindämmen, wenn ihr erfolgreiches Bündnis das 21. Jahrhundert weltpolitisch mitgestalten will.¹

1 Kritische Diskussion s. Quo vadis, Europäische Union? In: WeltTrends 158, Dezember 2019, S. 22ff.

Bei der Betrachtung großer Regionalmächte ist nüchterner Realismus angebracht. **Japan** bleibt absehbar eine vitale Volkswirtschaft, hat aber seinen Zenit der 1980er Jahre überschritten. Dem Inselreich fehlt das stabilisierende Hinterland eines großen Absatz- und Beschaffungsmarktes. **Indien** ringt mit existenziellen entwicklungshemmenden Problemen. Offensichtlich sind Disproportionen zwischen ungebremster Bevölkerungszunahme (vs. China) und einem nicht adäquaten Wirtschaftswachstum. Die katastrophale Umweltsituation und der angeschürte Hindu-Nationalismus sind darüber hinaus erschwerende Faktoren. **Brazilien** und **Südafrika** sind in der „globalen“ BRICS-Vereinigung wohl doch eher krisengeschüttelte Problempartner. Historische Erfahrungen von disruptiven Brüchen in einer Vielzahl von Staaten Lateinamerikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Afrika in den letzten Jahrzehnten, erzwingen Skepsis bei Entwicklungsprognosen.

Das gilt differenziert auch für die Staatenwelt des sogenannten „Jahrhundert Asiens“. In diesem Zusammenhang ist, besonders in der medialen Darstellung, aber auch in wissenschaftlichen Analysen, statt Realismus, eine positive wie auch negative „Idealisierung“ schwerlich zu übersehen. Das betrifft sowohl das Gesamtkonstrukt Asiens als auch Einzelstaaten („die Tiger Südasiens“ und Südkorea) sowie in besonderer Weise China. Bücher und Studien gibt es zuhauf. Einerseits die Überzeichnung der fraglos gewaltigen ökonomischen und sozialen Fortschritte sowie ihre lineare Fortschreibung in eine unbestimmbare Zukunft. Andererseits die Verdammung als totalitäre Diktatur nach innen sowie imperiale Expansionsmacht nach außen.

Es ist das Bewusstsein dafür zu schärfen, „dass der Fortschritt höchst ungleich verteilt und noch viel zu verbessern ist. Zu kurz kommt aber, dass die aufsteigenden Tendenzen auch wieder abbrechen können und extreme Ereignisse zwar sehr selten sind, dafür aber umso katastrophaler ausfallen.“² Das 21. Jahrhundert wird von großen gesellschaftlichen Brüchen – wie schon jetzt sichtbar – nicht frei sein. Eine multipolare Welt gestaltet sich, noch dazu unter den Rahmenbedingungen destruktiver Klimaveränderung und Wirtschaftskriege, extrem widersprüchlich. Vereinfachte Auf- und Abstiegsszenarien (oft als vereinfachte „Nullsummenspiele“ gedacht) unterschätzen die Komplexität, die zeitliche Dauer sowie die produktiven wie auch destruktiven Dimensionen

2 Krell, Gert (2019): Weltordnung oder Weltunordnung. Leitperspektiven in den Internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Politik, Nomos, Heft 1/2019, S. 6.

dieser Prozesse. Die Großmächte sind nicht mehr in der Lage eine überregionale bzw. globale (ordnende) Dominanz gegen andere Mächte durchzusetzen.

Staatsregulierte Wirtschaft

Wenden wir uns einer Fakten-Synopse und der Bewertung einiger traditioneller ökonomischer und militärischer Machtindikatoren sowie gesamtzivilisatorisch relevanteren Index-Vergleichen zu.

Als ausschlaggebende Kerngröße ökonomischer Entwicklung wird in der Mehrzahl der Publikationen trotz jahrzehntelanger kritischer Diskussionen das Bruttoinlandprodukt (BIP) gesehen. Mit dem Übergang der hochentwickelten Staaten von der Mangelwirtschaft zu Mega-Produktions- und Konsumgesellschaften in den 1950er bis 1970er Jahren ist die quantitative Steigerung des BIP nicht mehr die entscheidende Größe wirtschaftlicher Stärke moderner Volkswirtschaften. Wichtiger noch, sie untergräbt zunehmend die Existenzbedingungen dieser Gesellschaften sowie der menschlichen Zivilisation insgesamt. Der Club of Rome wies das in richtungsweisenden interdisziplinären Großstudien zu den „Grenzen des Wachstums“ nach. Mit seinen Forderungen an die hochentwickelten Staaten nach „Null-Wachstum“ (1972) und „Minus-Wachstum“ (1992) wurde eine radikale Abkehr vom quantitativen sowie eine nachhaltig qualitative (!) Umorientierung des Wirtschaftswachstums eingefordert.³ Eine Steigerung des BIP von ca. einem Prozent bei Konzentration auf die Qualität ist in diesen Staaten ausreichend, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern und den Wohlstand qualitativ vernünftig auszubauen. Nachhaltige Konsequenzen werden sowohl durch die Führungseliten der schon damals hochentwickelten als auch die der nachfolgenden Aufstiegsstaaten seit Jahrzehnten blockiert. In den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts kommt es jetzt erwartungsgemäß und überfällig zu einer drastischen, anhaltenden Zuspitzung der Problemsituation.

Es existiert dafür durchaus ein globales Gefahrenbewusstsein, aber aufgrund von deutlich divergierenden Interessen keine globale Handlungsbereitschaft. Zur Lösung wären Grundsatzentscheidungen notwendig, insbesondere eine tiefgehende Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen. Weg von der Konfrontation, von Handelskriegen, von extremer

3 Vgl. Meadows, Donella und Dennis, u.a. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Zur Lage der Menschheit. DVA, Stuttgart 1972; Ders. (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums. Bedrohung und Zukunftschancen. DVA, Stuttgart 1992.

wirtschaftsegoistischer Vorteilsnahme und schrittweise Hinwendung zu dauerhaft kooperativen Strukturen und Beziehungen. Das erfordert primär politische, nicht ökonomische Entscheidungen. Das marktwirtschaftliche System steht dabei grundsätzlich in Frage. Es gilt sich vom Irrglauben an die Wohlstands-Logik des Marktes sowie dem Euphemismus einer „freien Marktwirtschaft“, bei Minimalisierung der Staatsaktivitäten, grundsätzlich zu verabschieden. Mit der Industrialisierung entstanden starke Staaten als Macht- und Herrschaftsinstrumente der Führungseliten. Eine ansteigende Staatsregulierung der Wirtschaft war und ist typisch für alle entwickelten Systemen seit Ende des 19. Jahrhunderts. Dabei gibt es graduelle (letztlich marginale) Unterschiede beim Wirtschaftsinterventionismus. Wesentlich für alle Wirtschaftssysteme sind anwachsende bzw. hohe Staatsquoten im Verhältnis zum BIP. Sie beliefen sich in den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich um 1885 auf 10–15 Prozent und wurden bis zur Gegenwart auf 35–60 Prozent gesteigert. Dieser Aufwuchs wird sich, mit Blick auf die gegenwärtig anstehenden globalen Probleme, zu deren Lösung durchsetzungsfähige Staaten notwendig und in der Lage sind – im Gegensatz zu konkurrierenden Wirtschaftsunternehmen, mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Die Entwicklung hin zu staatsmonopolistischen Strukturen ist in allen fortgeschrittenen Wirtschaftssystemen unübersehbar.

Ökonomischer Vergleich „Großer Mächte“ (2018)								
	Bevölkerung	Bruttoinlandprodukt			Außenhandel			
					Export	Import	Saldo	Quote
	Mio.	Mrd.-\$	\$ pro Kopf	% global	Mrd.-\$	Mrd.-\$	Mrd.-\$	%
USA	333	20.580	61.800	24,2	1.664	2.614	-950	20,8
Russland	147	1.657	11.430	2,0	444	249	195	41,8
China	1.400	13.368	9.550	15,7	2.487	2.136	351	34,6
Indien	1.400	2.719	1.940	3,2	326	511	-185	30,8
Japan	127	4.972	39.150	5,9	738	749	11	29,9
Deutschland	83	3.951	47.600	4,7	1.560	1.286	274	72,0
Frankreich	68	2.780	40.880	3,3	582	673	-91	45,1
Italien	61	2.076	34.030	2,4	547	501	46	50,5
Großbritannien	67	2.829	42.220	3,3	486	674	-188	41,0

Quellen: IMF, WTO, eig. Berechnungen. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

Tabelle 1

Bei einem BIP-Vergleich der großen Einzelstaaten (s. Tab. 1) beeindruckt vordergründig die täuschende „Magie der absoluten Zahlen“. Die mit deutlichem Abstand „stärksten“ Volkswirtschaften der Welt waren 2018 die Vereinigten Staaten mit ca. 20.600 Milliarden Dollar sowie die Europäische Union (ohne GB) mit ca. 15.000 Milliarden Dollar und China mit 13.400 Milliarden Dollar. Die höchsten Wachstumsraten der letzten 40 Jahre hatte China mit jährlich 14–8 Prozent. Seit 2010 sind diese kontinuierlich von 10 auf 6 Prozent gefallen und weniger wird erwartet. Das „Wirtschaftswunder China“ scheint seinem Ende entgegenzugehen (vergleichbar Japan und Deutschland in den 1950er-70er Jahren). Indien weist ein Wirtschaftswachstum von 8-6 Prozent auf und liegt mit dem BIP bei ca. 70 Prozent zu Deutschland. Die seit einem Jahrzehnt stagnierende Wirtschaft Russlands erreicht ca. 40 Prozent des BIP von Deutschland und ist z. Zt. schwächer als das aus EU-Sicht ‚problematische‘ Italien.

Vorrangiger Indikator für den Wohlstand ist das BIP pro Kopf. Hochentwickelte Volkswirtschaften des „Westens“ liegen bei ca. 35–60 Tausend Dollar pro Kopf. Russland und China hinken hier mit dem Faktor 1 zu 3–6; Indien sogar mit dem Faktor 1 zu 20-30 hinterher. Bei Ausbleiben große Kriseneinbrüche könnte China die USA zwar bis 2030 mit dem absoluten BIP überholen; aber noch 2050 beim BIP pro Kopf mit dem Faktor von 1 zu 2,5 hinter den USA zurück sein (China zu Deutschland 1 zu 2). In der Verteilungsbetrachtung von BIP pro Kopf kann China „den Westen“ gegen Ende dieses oder erst Anfang des 22. Jahrhunderts einholen. Die Langfristplanung Chinas läuft darauf hinaus. Problematischer stellt sich die Lage für Indien dar. Es könnte in den nächsten Jahrzehnten zwar mit seinem absoluten BIP den Anschluss an die anderen Großmächte erreichen, hat aber beim BIP pro Kopf, als einem entscheidenden Faktor der Lebensqualität – angesichts von Bevölkerungsexplosion und instabiler Wirtschaft – bis tief ins nächste Jahrhundert wenig Aussicht auf einen positiven Durchbruch.



Kai Kleinwächter

Bruttoinlandsprodukt „Großer Mächte“ im Vergleich							
(1980 - 2050; in Mrd. US-\$)							
	1980	1990	2000	2010	2020*	2030	2050
USA	2.857	5.963	10.252	14.992	22.322	23.475	34.102
Russland	n.a.	92	279	1.636	1.658	2.111	5.127
China	309	349	959	4.524	10.873	26.499	49.853
Indien	189	327	477	1.708	3.202	7.841	28.021
Japan	1.105	3.133	4.888	5.700	5.413	5.468	6.379
Deutschland	947	1.765	1.950	3.417	4.000	4.347	6.138
Frankreich	702	1.272	1.366	2.647	2.772	3.186	4.705
Italien	482	1.171	1.145	2.129	2.040	2.278	3.115
Großbritannien	605	1.191	1.651	2.455	2.717	3.530	5.369
* ab 2020 Prognosen							
Quelle: Bundesstatistik (11/2019). Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)							

Tabelle 2

Im Außenhandel ist mit Blick auf den von Trump zugespitztem Handels-/Zollkrieg zu vermerken, dass die USA selbst, mit 950 Milliarden Dollar das größte Handelsdefizit aufweisen. Angesichts einer Außenhandelsquote von 21 Prozent weisen die USA die geringste Handelsverflechtung einer Großmacht mit dem Ausland aus. Sie können einen Handelskrieg gesamtwirtschaftlich besser verkraften können als ihre Hauptkonkurrenten. Im Gegensatz dazu ist China mit ca. 35 und Deutschland sogar mit über 70 Prozent viel empfindlicher von Handelskonflikten betroffen. Noch dazu, wenn der Außenhandelsüberschuss beider Staaten (2018: China 350, Deutschland 270 Milliarden Dollar) langfristig zulasten von Drittstaaten geht, handelspolitischen Konfliktstoff bietet und die konfrontative Argumentation von Trump partiell stützt. Das erklärt z.T. auch das kompromissbereite Einlenken Chinas bei den Zollverhandlungen mit den USA und das handelspolitische Lavieren Deutschlands.

Militär kontra Abrüstung

Das militärische Kräfteverhältnis zwischen den Großmächten im Doppelkontinent EurAsien ist überschaubar. Eine direkte Kriegsgefahr zwischen ihnen ist angesichts der gegenseitigen Verfügung über Raketenkernwaffen hochgradig unwahrscheinlich. Dadurch wird eine wesentliche (wenn auch sehr problematische) Rahmenbedingung für eine friedliche Entwicklung gewährleistet. Das seit den 1960er Jahren global wirkende Prinzip der

gegenseitig gesicherten Zerstörung (MAD) zwischen den USA und Russland deckt den eurasischen Raum mit ab. Durch die nukleare Aufrüstung von China, Indien und Pakistan, Israel und Nordkorea, kommen komplizierende Faktoren der (Selbst)Abschreckung hinzu. Eine weitere Verbreitung von Atomwaffen ist laut SIPRI-Analyse gering, aber möglich. Das ändert jedoch die Grundsituation nicht. Der Grenznutzen, die Grenzleistungsfähigkeit von Kernwaffen ist mehrfach überschritten: Es gibt keine militärisch sinnvollen Einsatzmöglichkeiten, keine Siegoption im Nuklearkrieg und eine Drohung ihrer Anwendung ist politisch unglaubwürdig. Es bedarf in diesem Zusammenhang einer Neubewertung der Rolle der Kernwaffen in den internationalen Beziehungen, von ihrer ein-/erstmaligen Anwendung 1945 in der Endphase des zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart.⁴ Ende der 1990er Jahre konstatierte der US-Präsidentenberater Brzezinski: „Vor dem direkten Einsatz von Macht schreckt man heute mehr zurück als in der Vergangenheit. Angesichts der Atomwaffen hat der Krieg als Mittel der Politik oder auch nur als Drohung dramatisch an Sinn eingebüßt. ... Somit sind politisches Taktieren, Diplomatie, Koalitionsbildung, Mitbestimmung und der wohlerrwogene Einsatz eigener politischer Aktivposten zu wesentlichen Kriterien einer erfolgreichen Geostrategie auf dem eurasischen Schachbrett geworden.“⁵ In diesem Zusammenhang wäre über eine (objektiv erzwungene und subjektiv verstandene) Friedensfähigkeit der Führungseliten nuklearer Mächte nachzudenken.

Diese Gesamtsituation schließt extrem zerstörerische, konventionelle Bürgerkriege und Kriege zwischen Nichtkernwaffenstaaten sowie Stellvertreterkriege inklusive einer Initiierung-/Beteiligung von Groß- und Regionalmächten nicht aus. Der Nahe Osten ist dafür exemplarisch. Die beteiligten Großmächte achten dabei jedoch darauf, sich gegenseitig über wesentliche Militäraktionen, insbesondere Raketenschläge, Luftangriffe und wichtige Truppenbewegungen, vorher zu informieren, z.T. sich sogar abzustimmen. Eine direkte Konfrontation bzw. Eskalation zwischen ihnen soll ausgeschlossen werden. Die Kriege in Afghanistan und im Raum Syrien-Irak demonstrieren das seit Jahren. Parallel dazu, finden intensive politisch-diplomatische Kontakte statt. Trotzdem ist eine Beendigung der Regionalkriege sowie Lösungen der Konflikte nicht absehbar. Der seit

4 Vgl. Kleinwächter, Lutz (2018): Bedrohung durch einen Atomkrieg? Eine Schimäre! In: WeltTrends 142, August 2018 (s. a. zeitgedanken.blog).

5 Brzezinski, Zbigniew (1999): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Fischer, Frankfurt am Main 1999, S. 60.

über sieben Jahrzehnte andauernde arabisch-israelische Nahostkonflikt, mit vier Kriegen unter Beteiligung bzw. Unterstützung von Großmächten auf allen Seiten, ist dafür ein makabres Beispiel.

Militärischer Vergleich „Großer Mächte“ (2018)						
	Soldaten	Militärhaushalt			Rüstungs- Exporte (2014-18)	Kernspreng- köpfe
		Tsd.	Mrd.-\$	% BIP	% global	% global
USA	1.430	649	3,2	35,6	36,0	6.450
Russland	1.040	61	3,7	3,3	21,0	6.850
China	2.260	250	1,9	13,7	5,2 (?)	280
Indien	1.325	67	2,5	3,7	n.a.	140
Japan	247	47	0,9	2,6	n.a.	0
Deutschland	182	50	1,3	2,7	6,4	0
Frankreich	227	64	2,3	3,5	6,8	300
Italien	176	28	1,3	1,5	2,3	0
Großbritannien	147	50	1,8	2,7	4,2	215

Quellen: SIPRI, eig. Berechnungen. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

Tabelle 3

Bei der Analyse der Militärhaushalte (s. Tab. 2) zeigen sich die USA im NATO-Bündnis mit westlichen Staaten, als Hauptverursacher des Wett-rüstens. Allein der US-Militärhaushalt umfasst jährlich ca. 650 Milliarden Dollar, das entspricht knapp einem Drittel der globalen Rüstungsausgaben (1.822 Mrd. Dollar, lt. SIPRI). Hinzu kommen noch über 200 Milliarden Dollar der NATO-Partner. Eine gigantische Hochrüstung der Großmächte des „Westens“ ohne reale Bedrohung – eine überzeugende Analyse steht aus.

China hat in den letzten Jahren seinen Haushalt beschleunigt auf 250 Mrd. Dollar aufgestockt, modernisiert seine konventionellen Streitkräfte und baut die Raketenkernwaffen im Rahmen einer „defensiven Landesverteidigung“ zur „Erhöhung der Fähigkeit nuklearer Abschreckung und zur Führung von Gegenschlägen“⁶ aus.

Russland praktiziert offenbar – auch im Ergebnis der historischen Erfahrung einer auszehrenden Überdehnung während des Kalten Krieges – eine Militärdoktrin der „Minimalabschreckung“. Entsprechend wurde das Militärbudget konzentriert und unter Berücksichtigung eines

6 Vgl. Informationsbüro des Staatsrates der Volksrepublik China (2019): Chinas Landesverteidigung im neuen Zeitalter (Übersetzung und Bearbeitung von Bernd Biedermann), Juli 2019, S. 14.

vergleichsweise „kleinen BIP“ sogar gekürzt. Demonstrativ wird eine nukleare Zweitschlagkapazität mit modernster Raketentechnik (u. a. Mehrfach-Hyperschallwaffen) ausgebaut. Diese „notwendige“ Rüstungspolitik bremst dennoch die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Russland und China sind auf ihre militärische und ökonomische/technologische Kooperation, wenn auch graduell unterschiedlich angewiesen. Für den russischen Außenminister Lawrow handelt es sich „um zwischenstaatliche Beziehungen eines neuen Typs, um ein neues Kooperationsmodell für das 21. Jahrhundert.“ (24.08.2015) Beide Staaten sehen sich gegenseitig in einer strategischen Partnerschaft.

Im weltweiten Handel mit Rüstungsgütern spiegeln sich ähnliche Prozesse wider. 2014 bis 2018 dominierten die NATO-Staaten den internationalen Rüstungsmarkt mit über der Hälfte der weltweiten Exporte: USA ca. 36 Prozent und die vier großen europäischen NATO-Partner zusammen ca. 20 Prozent. Russland belieferte den globalen Rüstungsmarkt mit 21 Prozent. Neuere SIPRI-Studien sehen China mit über 50 Milliarden Dollar noch vor Russland am internationalen Rüstungsmarkt. Deutschlands Anteil von 6-7 Prozent (2019 ca. 9 Milliarden Dollar) hat im Verhältnis zum Außenhandel eine Größe von unter einem Prozent. Hier sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, die Rüstungsindustrie Deutschland (mit ca. 80.000 Beschäftigten) zu verstaatlichen und den Rüstungsexport deutlich abzusenken, inklusive drastischer Exportverbote. Nationale und internationale Initiativen zur Einschränkung des internationalen Handels insbesondere von konventionellen Großkampfsystemen und schweren Waffen waren bislang erfolglos.

Der Prozess konventioneller und nuklearer Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist nach der Jahrhundertwende nahezu zum Stillstand gekommen. Verhandlungen werden verzögert, bestehende Verträge ausgesetzt und gekündigt.

Konventionell. Die seit 1973 verhandelte, gegenseitige Reduzierung konventioneller Streitkräfte vom Ural bis zum Atlantik (MBFR) wurde 1989 beendet und 1990 in den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) mit entsprechenden Obergrenzen überführt. In den 1990er Jahren fand noch eine drastische Reduzierung schwerer konventioneller Waffen statt. Der Folgevertrag von 2004 zur Anpassung an die sich verändernden politischen und militärischen Rahmenbedingungen wurde von den NATO-Staaten nicht in Kraft gesetzt und Russland beendete daraufhin 2007 die Umsetzung. Folgegespräche scheiterten und der Gesamtprozess endete (vorerst) 2015.

Nuklear: Den seit 1969 laufenden bilateralen Verhandlungen der Großmächte USA-Sowjetunion/Russland über die Begrenzung und Reduzierung der nuklearstrategischen Waffen (SALT, START) droht das Scheitern. Wichtige Verträge – zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (ABM) und zur Beseitigung von Nuklearraketen mittlerer Reichweite (INF) – wurden durch die USA 2002 bzw. 2019 gekündigt. Ebenso verließ Trump 2019 den 13 Jahre lang ausgehandelten Vertrag mit dem Iran zur Einstellung der Nuklearrüstung.

Die während des Kalten Krieges geschaffene „Abrüstungs-Architektur“ multi- und bilateraler Gremien genügt offenbar den gegenwärtigen Herausforderungen einer multipolaren Welt nicht mehr. Künftige Verhandlungen werden angesichts der veränderten militärischen Kräfteverhältnisse, geostrategischer Umbewertungen und neuartiger Rüstungsfelder (Cyberwar, Weltraumrüstung, automatisierte Gefechtsführung) stärker multilaterale Ansätze berücksichtigen müssen. Auf absehbare Zeit ist Vertrauensbildung, Rationalität und Deeskalation vorrangig. „Weiche Faktoren“ der Außen- und Militärpolitik wie Gipfeldiplomatie, Dialoge zu sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie umfassende Informationen sind zu verstetigen. Drastische Schritte zu einer regionalen, geschweige denn globalen Abrüstung sowohl nuklear wie konventionell sind mittelfristig nicht zu erwarten. Dazu bedarf es einer zivilisatorischen Reife, die die Menschheit noch nicht erreicht hat.

Beschränkte Zukunftsprognosen

Die Komplexität der zivilisatorischen Gesamtsituation von Staaten und Völkern ist mit Einzelkennziffern nur sehr bedingt darstellbar. Im Unterschied dazu haben Index-Kennziffern, die auf der Grundlage von Meta-Analysen erstellt werden und eine Vielzahl von Kennziffern in ihren Wechselbeziehungen zu einem Gesamtergebnis zusammenfassen und gewichten, eine deutlich höhere Aussagekraft. Der von der UNO seit 1990 jährlich ermittelte Index menschlicher Entwicklung (HDI) erfasst das BIP pro Kopf, die Lebenserwartung und die Dauer der Schulausbildung der Bevölkerung von ca. 190 Staaten. Die Positionierungen von China (Platz 85) und insbesondere Indien (129) zeigen hier im Vergleich mit den anderen Großmächten (USA 15, EU 4-30, Russland 49) gravierende Defizite einer nachzuholenden Entwicklung.

Überdeutlich wird der Krisenzustand beider Staaten unter Hinzuziehung der Umweltsituation. Der entsprechende Index erfasst 16 Indikatoren von 180 Staaten u. a. Gesundheit, Luft- und Wasserqualität, Biodiversität sowie Energie- und Rohstoffressourcen. Für Indien (177) und Teile Chinas (120) muss der Umweltstandard als hochgradig kritisch für große Teile der Bevölkerung eingeschätzt werden. Das dynamische Wirtschaftswachstum der Vergangenheit wurde wesentlich zulasten der Umwelt realisiert (ähnlich den Industriegesellschaften des Westens im 19./20. Jahrhundert). Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße von jeweils 1.400 Milliarden, leben allein in Indien und China ca. ein Drittel der Menschheit in akut problematischen Umweltverhältnissen, die einer jahrzehntelangen Stabilisierungspolitik bedürfen und wesentliche Teile des BIP beanspruchen werden.

Zivilisatorischer Index-Vergleich „Großer Mächte“ (2018)						
Platz	Entwicklung Index (HDI) v. 189	Umwelt-Index (EPI) v. 180	Anzahl benötigte Erden	Militarisierung Index v. 155		
				1990	2018	
USA	15	27	5,0	22	34	
Russland	49	52	3,2	8 (,95)	6	
China	85	120	2,2	97	95	
Indien	129	177	0,7	98	89	
Japan	19	20	2,8	86	111	
Deutschland	4	13	3,0	58 (,95)	100	
Frankreich	26	2	2,7	29	59	
Italien	29	16	2,7	44	83	
Großbritannien	15	6	2,7	85	74	

Quellen: UNDP, BICC 2018, EU-Kommission. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

Tabelle 4

Es bedarf einer grundsätzlichen Veränderung der Lebensweise – der Produktion und des Konsums, sowohl in den hochentwickelten, wie auch aufholenden Ländern. Die Grenze der „ökologischen Tragfähigkeit“ der Erde wurde bereits in den 1980/90er Jahren überschritten.⁷ Das wird überdeutlich an der parasitären Lebensweise in den hochentwickelten Staaten, extrem in den USA: Wenn alle Menschen so leben wollten wie die dortige Bevölkerung, braucht die Menschheit 5 Erden (Deutschland 3). Indiens (0,7) Lebensstandard passt noch ins globale Ökosystem, dessen Lebensniveau wird jedoch von der Mehrheit der Erdbevölkerung nicht akzeptiert.

⁷ Meadows, Donella und Dennis, u.a. (2004): Grenzen des Wachstums. Das-30-Jahre-Udate, Hirzel-Vlg., Stuttgart 2012. S. XVI.

Das „Bonn International Center for Conversion (BICC)“ veröffentlicht seit 1990 einen Index der Militarisierung. Anhand von drei Hauptindikatoren, die militärische und zivile Kriterien ins Verhältnis setzen, wird der Militarisierungsgrad von über 150 Staaten ausgewiesen: (1) Rüstungsbudget zu den Gesundheitsausgaben und BIP. (2) Militärpersonal zur Bevölkerungsgröße und Anzahl der Ärzte; (3) Schwere Waffen – Panzer, Artillerie, Flugzeuge, Kriegsschiffe – im Verhältnis zur Bevölkerung. Durch diese Kombination wird auch die zivilisatorische Belastung der Völker durch das Militär verdeutlicht. Seit Beginn der Erhebungen ist Israel mit Platz 1, das am höchsten militarisiertere Land der Welt. Mit Platz 6 hat die Bevölkerung Russlands, die verhältnismäßig größten Militärlasten im Vergleich zu den anderen Großmächten zu tragen. Hier schlägt das niedrige BIP belastend zu Buche, angesichts der jahrzehntelangen gewaltigen Anstrengungen zur Aufrechterhaltung eines militärstrategischen Gleichgewichts. In der Systemkonkurrenz mit den USA (Platz 34) zeigen sich hier (anhaltende) Schäden einer Politik des „Kaputtrüstens“. China (95) und insbesondere Japan (111) praktizieren ein ausgewogeneres Verhältnis von Militär- und Zivilausgaben. Die Hauptstaaten der EU (59-100) versuchen, trotz steigender Hochrüstung, die militärischen Belastungen in einen verträglicheren Ausgleich zum Lebensstandard der Bevölkerung zu bringen. Speziell Deutschland verzögert auch deshalb das von der NATO beschlossene „2-Prozent-Ziel“ vom BIP für Rüstung.

Worldwide Governance Indicators und Demokratie-Index (2018)							
	Demokratie/ Freiheit	Politische Stabilität	Effektivität Regie- rung	Staat- liche Regulie- rung	Herr- schaft Recht	Kontrolle Korrup- tion	Demokratie- Index
Platz von	100	100	100	100	100	100	10-1
USA	81	62	92	92	90	88	8,0
Russland	19	29	50	32	20	21	2,9
China	9	37	70	48	48	46	3,3
Indien	60	15	64	47	55	50	7,2
Japan	80	88	94	88	90	89	8,0
Deutschland	95	67	93	95	91	95	8,7
Frankreich	88	52	92	84	89	88	7,8
Italien	82	58	68	74	61	62	7,7
Großbrit.	94	48	88	96	92	93	8,5

Quellen: Worldbank 2019, The Economist. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

Tabelle 5

Die von der Weltbank publizierten globalen Governance-Indikatoren stützen sich auf zahlreiche Befragungen vorrangig westlich-staatsnaher Institutionen. Sie sind politisch stark geprägt von Positionen eines „ethischen Imperialismus“. Ihre jährlichen Bewertungen unterliegen großen Schwankungen, oftmals abhängig von zeitweiligen konfrontativen Kampagnen. Bewertungsmaßstab ist das liberale anglo-amerikanische Staats-/Gesellschaftssystem. Demgemäß kritisch werden Russland, China und Indien bei den Kriterien „Demokratie, Freiheit, politische Stabilität“ bewertet. Zusammenhänge und Widersprüche zwischen den verschiedenen Staaten und Indikatoren bedürfen einer weitergehenden Analyse. So korrespondiert die relativ positive Bewertung Indiens gegenüber China nicht mit den sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Erfolgen beider Länder. Die Rollen von Staat, Regierung und Regulierung sind genauer zu untersuchen.

Seit 2006 erstellt von der britischen Zeitschrift „The Economist“, erfasst der Demokratie-Index Regierungsfunktionen, Wahlen und Pluralismus, politische Teilhabe und Kultur sowie Bürgerrechte. Die Kriterien und ihre Bewertung orientieren sich inhaltlich-politisch auch am „westlichen“ Wertekanon als globalem Maßstab. Demgemäß haben Russland (2,9) und China (3,3) die niedrigsten Bewertungen im Vergleich großer Mächte (Nordkorea 1,1). Indiens hinduistische Kastengesellschaft wird absurderweise als „größte Demokratie der Erde“ mit der Kennziffer 7,2 bewertet, nahezu gleichauf mit den EU-Staaten, den USA und Japan (7,7-8,7). Für sachdienliche Vergleiche sind auch bei diesem Index die Einzelkennziffern differenzierter zu analysieren bzw. interkulturell zu erweitern.

Die Analyse und Bewertung der „zivilisatorischen“ Index-Kennziffern zeigt die Beschränktheit eines Vergleichs der Entwicklung von Großmächten. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung, der Aufstieg und Fall großer Mächte, ist in einer zunehmend globalisierten, interaktiven Welt nur mit großen Unsicherheiten und prekären Wahrscheinlichkeiten erfassbar. Großmächte sind Kernstaaten von Kulturen, die über Jahrhunderte, z. T. Jahrtausende, große Eigenständigkeit und Besonderheiten aufweisen. Eine kulturelle Dominanz von Großmächten – geschweige denn, eine missionarische Überwältigung anderer Großkulturen – ist in der heutigen Weltzivilisation ausgeschlossen.

Schlussfolgerungen

Die Zeitalter dominanter Imperien und Großmächte sind Vergangenheit. Die Entwicklungsmöglichkeiten der großen Mächte sind offen und allseitig ambivalent. Es ist angesichts der Darlegungen wahrscheinlich, „dass sich kein neuer Hegemon herauskristallisiert, was optimistisch gesehen ein multipolares, friedliches Gleichgewicht, pessimistisch interpretiert hingegen permanente Instabilität mit hoher Kriegsgefahr bedeuten kann.“⁸ Beim Vergleich der Großmächte ergeben sich drei zentrale Schlussfolgerungen:

1. **Ökonomie.** Die zwei westlichen Zentren – USA und EU sowie abgestuft Japan – werden wahrscheinlich im 21. Jahrhundert ökonomisch führend bleiben. Das betrifft insbesondere ihr wirtschaftliches Potential, um der gesamten(!) Bevölkerung einen hohe Lebensqualität zu ermöglichen. China und vor allem Indien werden das in den nächsten Jahrzehnten noch nicht realisieren können.
2. **Militär.** Zwischen den Großmächten herrscht ein militärstrategisches Patt – sowohl im konventionellen als auch im Bereich der Massenvernichtungswaffen. Das instabile Gleichgewicht der Abschreckung bedeutet für die westlichen Mächte, dass die Option der militärischen Unterwerfung – wie sie noch im 19. Jahrhundert bestand – endgültig unrealistisch ist.
3. **Ökologie.** Die großen Mächte leben über ihre Verhältnisse und sehen existentiellen ökologischen Herausforderungen entgegen. Alle müssen ihre Gesellschaftssysteme umgestalten. Das wird die zentrale Frage von Aufstieg und Fall der Mächte im 21. Jahrhunderts. Großmächte, die in den nächsten Jahrzehnten keine nachhaltige Gesellschaft aufbauen, werden den Anschluss verlieren. Die EU und China haben – bei aller Widersprüchlichkeit – diese Herausforderung angenommen. Indien, Russland und derzeit auch die USA sind bislang nicht fähig bzw. willens entsprechende Reformen umzusetzen.

Vorrangige Aufgabe deutscher Außenpolitik muss eine Stabilitätsstrategie im kontinentalen Dreieck Europa – Asien – Nordamerika sein:

8 Komlosy, Andrea (2018): Krisen, lange Wellen und die Weltsystemtheorie. In: Zeitschrift für Weltgeschichte, Heft 2, Herbst 2018, Berlin 2019, S. 241.

Europa. Im Vordergrund stehen die Einigung der Europäischen Union und ihre verantwortliche Rolle als überregionale und zunehmend globale Friedensmacht. Nur im engen Bündnis können Deutschland und Frankreich als machtvolle EU-Kernstaaten ihre zentrale Rolle wahrnehmen. Demgemäß vereinbarten sie im vergangenen Jahr in Aachen – in Kontinuität zum Élysée-Vertrag von 1963 – die Vertiefung ihrer „Zusammenarbeit in der Europapolitik. Sie setzen sich für eine wirksame und starke Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein und stärken und vertiefen die Wirtschafts- und Währungsunion.“ (19.01.2019) Die objektiv hegemoniale Position der EU-Kernstaaten darf jedoch nicht zu imperialem Dominanzverhalten ausarten. Wichtig ist es, die mittelfristige inhaltliche und geographische Finalität der EU-Integration massenverständlich zu realisieren.⁹

EurAsien. Der Doppelkontinent bietet für eine Kooperation der EU mit Russland, China und Indien außerordentliche Zukunftsoptionen. Deutschland kann dabei (wie historisch schon praktiziert) eine „Brückenfunktion“ übernehmen. Eine nachhaltige Modernisierung steht dabei im Mittelpunkt. Vorrang haben wirtschaftliche Großprojekte wie die Ausweitung des gegenseitigen Handels, der Energie- und Rohversorgung sowie der Logistik. Jegliche Sanktionspolitik ist kontraproduktiv. Das durch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE/OSZE) seit den 1970er Jahren vorhandene Beziehungsgeflecht, ist ein Schatz der europäischen Zivilisation. Es muss (wieder)belebt, ausgebaut und langfristig in die eurasische Staatenwelt, inklusive dem Nahen- und Mittleren Osten (KSZ-NMO) eingebracht werden. Eine konzeptionelle Erweiterung auf Nordafrika (AfroEurAsien) ist notwendig.

Nordamerika. Überfällig ist eine schrittweise Schaffung der ökonomischen, politischen und letztlich auch militärischen Unabhängigkeit von den USA, bei Aufrechterhaltung kooperativer transatlantischer Beziehungen. Eine Neubewertung des Verhältnis Deutschland/EU zur anglo-amerikanischen Partnerschaft nach dem Brexit steht aus. Wobei konsequent zu akzeptieren ist, dass für Großbritannien das historische Sonderbündnis mit den USA eine größere Bedeutung hat, als die Bindung an die EU.

9 Vgl. Kleinwächter, Lutz (2018): Deutsche Europapolitik. Anregungen für eine Zukunftsstrategie. In: Krämer, Raimund, (Hrsg.): Nachdenken über Europa, WeltTrends, Potsdam 2018, S. 131ff, (s. a. zeitgedanken.blog).

Es bedarf neuer sinnstiftender Erzählungen und Visionen für eine friedlich-kooperative Gestaltung EurAsiens und der Welt insgesamt.¹⁰ Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung einer multilateralen (!) Stabilität. Die US-Anmaßung als einziger „Supermacht“ war genauso absurd, wie die Propagierung vom „Ende der Geschichte“. Die Lösung globaler Probleme erfordert die Berücksichtigung des interkulturellen Grundsatzes einer „Akzeptanz der Vielfalt und Andersartigkeit“. Eine konsequente Umsetzung des völkerrechtlichen Prinzips der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten“ im Rahmen einer Politik der friedlichen Koexistenz, wären dem dienlich. Das große Rad der Geschichte dreht sich, eine neue Weltordnung entsteht. Die EU mit Deutschland kann einen positiven Beitrag leisten. ...

¹⁰ Vgl. Kleinwächter, Kai (2018): Neue Narrative für den Frieden. In: Krämer, Raimund (Hrsg.): Jenseits der Konfrontation! WeltTrends, Potsdam 2018, S. 54ff. (s. a. zeitgedanken.blog).

Kai Kleinwächter, M.A.

geb. 1980. Studium Volkswirtschaft, Politik, Geschichte, Internationales Management, Geographie an den Universitäten Potsdam, Hagen und Vaasa/Finnland. Seit 2010 Lehre als Dozent an Hoch-/Fachschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Mitarbeiter in der Redaktion der Zeitschrift „WeltTrends“. Publikationen u. a. auf Telepolis und seiner Homepage (www.zeitgedanken.blog).

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

geb. 1953. Studium an der Offiziershochschule in Löbau sowie Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam Babelsberg. 1980–1990 DDR-Außenministerium, Abteilung USA; IIB/Grundsatzabteilung; UN/Genfer Abrüstungskonferenz, „Runder Militärisch“. 1991–2007 Dozent an Universitäten und Hochschulen. Seit 2004 Vorsitzender von WeltTrends e.V. (www.welttrends.de). Ab 2008 Professor für Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft, bbw Hochschule der Wirtschaft in Berlin.